

Rundschreiben



Deutsche
Verbindungsstelle
Krankenversicherung –
Ausland

Laufende Nummer RS 2010/239

Thema: EU
Beitritt zur freiwilligen Krankenversicherung
Anlass: Änderung des Artikel 14 Abs. 4 VO (EG) 883/04
Für Fachbereich/e: Über- und zwischenstaatliches Recht
Erscheinungsdatum: 11.05.2010
Anlage/n: –

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an

Abteilung/Stabsbereich: DVKA
Ansprechpartner/in: Team Ausnahmevereinbarung
Telefon: +49 228 9530-445
E-Mail: post@dvka.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Rundschreiben 2009/530 informierten wir Sie darüber, dass die VO (EG) 883/04 bereits ein erstes Mal geändert wurde. Neben diversen Anhangseinträgen wurde auch der Absatz 4 des Artikels 14 VO (EG) 883/04 („Freiwillige Versicherung oder freiwillige Weiterversicherung“) geändert. Er lautet nun wie folgt:

„(4) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats das Recht auf freiwillige Versicherung oder freiwillige Weiterversicherung davon ab, dass der Berechtigte seinen Wohnort in diesem Mitgliedstaat hat oder dass er zuvor beschäftigt bzw. selbstständig erwerbstätig war, so gilt Artikel 5 Buchstabe b) ausschließlich für Personen, die zu irgendeinem Zeitpunkt in der Vergangenheit den Rechtsvorschriften dieses Mitgliedstaats unterlagen, weil sie dort eine Beschäftigung oder eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausgeübt haben.“



Im Vorfeld der Beratungen dieser Änderung auf europäischer Ebene hatten wir in Abstimmung mit den ehemaligen Spitzenverbänden der Krankenkassen eine gemeinsame Position entwickelt. Danach sollten sich auch die Personen in der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig versichern können, die zwar nicht in Deutschland wohnen, hier aber beschäftigt oder selbständig tätig sind. D. h., in diesen Fällen sollte die freiwillige Versicherung nicht – wie bisher – davon abhängig gemacht werden, dass die betreffende Person die Voraussetzung „1 Tag Vorversicherungszeit“ in der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung erfüllen muss.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das an der Änderung des Artikels 14 Absatz 4 VO (EG) 883/04 unmittelbar beteiligt war, hat uns ausdrücklich bestätigt, dass der neue Wortlaut mit der vorstehend beschriebenen Position der gesetzlichen Krankenkassen vereinbar ist. Die neue Formulierung beziehe sich ausdrücklich nicht auf Personen, die in Deutschland wohnen oder aktuell den deutschen Rechtsvorschriften unterliegen. Für diese Personen ist ausschließlich Artikel 5 Buchst. b) VO (EG) 883/04 anwendbar, der eine Gleichstellung von Sachverhalten durch den zuständigen Staat ohne nähere Bedingungen vorsieht. Daraus folgt, dass anders als bisher die Voraussetzung „1 Tag Vorversicherungszeit in Deutschland“ in bestimmten Sachverhalten entfallen kann – vgl. die folgenden Abschnitte „Wohnort in Deutschland“ und „Erwerbstätigkeit in Deutschland“. Die Möglichkeit einer freiwilligen Versicherung besteht, sofern die übrigen Voraussetzungen (z. B. Erfüllung der Vorversicherungszeit) erfüllt sind.

Wohnort in Deutschland

Beispiel:

Frau A. ist französische Staatsangehörige und war bisher immer in Frankreich gesetzlich krankenversichert, wo sie zuletzt auch beschäftigt war. Nun nimmt sie eine Beschäftigung in Deutschland auf und verlegt auch ihren Wohnort hierher. Die Versicherung in Frankreich endet zu diesem Zeitpunkt. Ihr Arbeitsentgelt übersteigt schon seit Jahren die Jahresarbeitsentgeltgrenze. Daran wird sich voraussichtlich auch in Zukunft nichts ändern. Frau A. möchte sich bei Ihnen freiwillig versichern.

Lösung:

Frau A. kann sich in Deutschland freiwillig versichern. Dabei ist es unerheblich, dass sie noch nie zuvor in Deutschland versichert war. Die Berücksichtigung der französischen Versicherungszeiten im Rahmen der Prüfung des § 9 Abs. 1 Nr. 1 SGB V ergibt sich aus Artikel 6 VO (EG) 883/04.

In diesem Zusammenhang ist es von besonderer Bedeutung, die Rechtmäßigkeit des Wohnorts in Deutschland zu prüfen. Bei erwerbstätigen Personen aus anderen EU-Staaten dürfte dies unstreitig sein. Bei nicht erwerbstätigen Personen empfehlen wir, die Bestimmungen des § 5 Absatz 11 SGB V analog anzuwenden. Danach kommt eine Versicherung z. B. für einen Staatsangehörigen eines EU- bzw. EWR-Staats nicht in Betracht, „...wenn die Voraussetzung für die Wohnortnahme in Deutschland die Existenz eines Krankenversicherungsschutzes nach § 4 FreizügG/EU ist.“

Bei deutschen Staatsangehörigen dürften sich in der Regel andere Fragen stellen:

Beispiel:

Herr B. ist seit vielen Jahren Grenzgänger nach Frankreich. Er wird von Ihrer Krankenkasse auf der Basis eines Anspruchsnachweises E 106 FR betreut. Sein Sohn (deutscher Staatsangehöriger) war seit seiner Geburt „über Frankreich versichert“. Nun scheidet er wegen Erreichens der Altersgrenze aus und möchte sich bei Ihnen freiwillig versichern.

Lösung:

Die freiwillige Versicherung ist möglich. Der Wohnort befindet sich in Deutschland, also in dem Staat, nach dessen Rechtsvorschriften die freiwillige Versicherung durchgeführt werden soll. Deshalb kommt es nicht darauf an, ob der Sohn von Herrn B. bereits einmal in Deutschland wegen Ausübung einer Beschäftigung oder selbständigen Erwerbstätigkeit versichert war.

Das Ausscheiden aus der französischen Familienversicherung wird dem Ausscheiden aus der deutschen Familienversicherung gleichgestellt. Dies gilt für die in Frankreich zurückgelegten Versicherungszeiten gleichermaßen.

Erwerbstätigkeit in Deutschland

Weiterhin folgt aus den oben beschriebenen Voraussetzungen, dass auch bei Wohnort in einem anderen EU- bzw. EWR-Staat ein freiwilliger Beitritt nunmehr ohne Prüfung der Voraussetzung „1 Tag Vorversicherung in Deutschland“ in Betracht kommt. Voraussetzung ist allerdings, dass die betreffende Person wegen Ausübung einer Erwerbstätigkeit den deutschen Rechtsvorschriften unterliegt. Als Rechtsgrundlage kommt hier insbesondere Artikel 11 Absatz 3 Buchstaben a) und b) VO (EG) 883/04 in Betracht.

Beispiel:

Herr C. ist tschechischer Staatsangehöriger und war bisher immer in Tschechien gesetzlich krankenversichert. Nun mietet er in Deutschland Räumlichkeiten für eine selbständige Tätigkeit an, die er künftig ausschließlich in Deutschland ausüben will. Seinen Wohnort in Tschechien behält er bei. Herr C. möchte sich bei Ihnen freiwillig versichern.

Lösung:

Für Herrn C. gelten künftig ausschließlich die deutschen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit, da er seine Erwerbstätigkeit in Deutschland ausüben wird. Er kann sich, da er zuletzt gesetzlich versichert war (in Tschechien) und die nach deutschem Recht geforderte Vorversicherungszeit durch die zuvor in Tschechien bestehende gesetzliche Krankenversicherung erfüllt, in Deutschland freiwillig versichern. Aufgrund der Erwerbstätigkeit in Deutschland ist es unerheblich, dass er hier noch nie zuvor versichert war.

Prüfung der Voraussetzung „1 Tag Vorversicherung in Deutschland“

Bei Personen, die nicht in Deutschland wohnen und nicht den deutschen Rechtsvorschriften unterliegen, ist – zusätzlich zu den übrigen Voraussetzungen – die Voraussetzung „1 Tag Vorversicherung in Deutschland aufgrund einer Beschäftigung oder einer selbständigen Erwerbstätigkeit“ zu prüfen. Die folgenden Beispiele zeigen Sachverhalte auf, in denen eine freiwillige Versicherung aufgrund des Artikels 14 Abs. 4 VO (EG) 883/04 nicht zulässig ist.

Beispiel:

Frau D. wohnt in Belgien. Ihr Vater ist deutscher Staatsangehöriger, arbeitet in Deutschland und ist in der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung versichert. Ihre Mutter ist belgische Staatsbürgerin, arbeitet in Belgien und ist dort versichert. Frau D. war aufgrund ihres Wohnorts bisher über ihre Mutter in Belgien familienversichert. Die Familienversicherung endet mit Ablauf dieses Monats. Sie beantragt bei Ihrer Kasse den Beitritt zur freiwilligen Versicherung, da sie lieber in Deutschland als in Belgien versichert sein möchte.

Lösung

Frau D. wohnt nicht in Deutschland und ist hier weder beschäftigt noch selbständig tätig. Damit sie Ihrer Kasse beitreten kann, muss sie zu irgendeinem Zeitpunkt bereits in Deutschland wegen Ausübung einer Beschäftigung oder selbständigen Erwerbstätigkeit versichert gewesen sein. Dies ist jedoch nicht der Fall. Daher kommt eine freiwillige Krankenversicherung nicht in Betracht.

Beispiel:

Frau E. ist seit Jahren Grenzgängerin nach Deutschland. Sie wird an ihrem Wohnort in Österreich aufgrund eines von Ihrer Kasse ausgestellten Anspruchsnachweises E 106 DE betreut. Ihre Tochter ist seit ihrer Geburt als Familienangehörige eingetragen. Wegen Erreichens der Altergrenze nach österreichischem Recht kann sie allerdings nicht weiter betreut werden. Daher beantragt sie die freiwillige Versicherung bei Ihrer Kasse.

Lösung:

Der Wohnort befindet sich nicht in Deutschland – dem Staat, nach dessen Rechtsvorschriften die freiwillige Versicherung durchgeführt werden soll. Daher ist Voraussetzung für den Beitritt, dass die Tochter von Frau E. bereits einmal hier wegen Ausübung einer Beschäftigung oder selbständigen Erwerbstätigkeit in Deutschland versichert war. Dies trifft nicht zu. Da sie sich deshalb in Deutschland nicht freiwillig versichern kann, sollte sie an ihren Wohnortträger in Österreich verwiesen werden.

Umsetzung

Für den Nachweis der in einem anderen EU- bzw. EWR-Mitgliedsstaat zurückgelegten Versicherungszeiten steht derzeit der Vordruck E 104 zur Verfügung. Über das Verfahren ab Abwendbarkeit der neuen VO (EG) 883/04 werden wir Sie informieren, sobald uns nähere Informationen hierzu vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen
GKV-Spitzenverband